

Die Rolle der Umwelt-NGOs

Radikale Vorreiter

Von Joachim H. Spangenberg und Hubert Weiger

Klima und Biodiversität schützen, Konsum nachhaltig machen, für mehr Gerechtigkeit sorgen – wichtige Ziele hat die Politik jede Menge. Damit das ökologisch wie sozial Notwendige Realität wird, müssen Umweltverbände auf die Einhaltung der Ziele pochen und sich gegen mächtige Interessengruppen durchsetzen, die vom Status quo profitieren.

— Die Menschheit hat ein neues erdgeschichtliches Zeitalter heraufbeschworen, das Anthropozän, in dem der Mensch durch seine Wirtschaft und Technik die Ursache globaler Veränderungen ist und die Verantwortung für sie trägt. Gleichzeitig sind noch nie in der Geschichte der Menschheit so viele Dinge so schief gegangen – ökologisch, wirtschaftlich und sozial wie institutionell. In dieser Situation kann sich ein Nachhaltigkeitsverband nicht auf die Rolle des Sanitätsteams am Fuße der Klippe beschränken. Er muss auf allen Ebenen dafür kämpfen, dass die Ursachen abgestellt werden, denn: Wird das Übel nicht an der Wurzel gepackt, lassen sich die Auswirkungen nicht verhindern. Da die Wurzel lateinisch „radix“ heißt, sind die sich ergebenden Forderungen „radikal“.

Nachhaltigkeit ruht auf zwei Pfeilern, so die Brundtland-Kommission: Menschliche Bedürfnisse sollen befriedigt, und die Grenzen der Fähigkeit der Natur, ihre Leistungen auch für zukünftige Generationen zu erbringen, sollen anerkannt werden. Die erste Forderung ist der Kern der Agenda 2030 mit den Nachhaltigen Entwicklungs-

zielen (Sustainable Development Goals, SDGs). Der zweite aber, die Anerkennung von Grenzen der Wirtschaft, des Wachstums und des Ressourcenverbrauchs, ist seit 40 Jahren ein Tabu, auch in den 2015 verabschiedeten SDGs (vgl. S. 30 ff.). Um die Anerkennung der Notwendigkeit zu vermeiden, werden immer neue Scheinlösungen erfunden, von der ökologischen Modernisierung über das grüne Wachstum bis zur Bioökonomie, immer gemäß dem Motto: „Was muss sich ändern, damit sich nichts ändern muss?“ Die Grenzen der Natur, inzwischen als planetarische Grenzen Stand der Wissenschaft, werden nicht einmal erwähnt.

Dabei ist Nachhaltigkeit nicht die Antwort, sondern die zeitgemäße Art, Fragen zu stellen. Zu oft hören wir Antworten wie „Wachstum“, „Technik“ oder „Freihandel“, die Lösungen sein sollen, ohne dass die Frage, was denn eigentlich das Problem ist, auch nur zugelassen würde. Reale Fragen sind beispielsweise: Was soll erhalten bleiben, warum und für wen? Was soll mehr werden, warum und für wen und auf Kosten wovon (denn der Gesamtressourcenverbrauch muss sinken)? Was soll verschwinden und warum? Ist das gut für die Umwelt, den sozialen Zusammenhalt, die Demokratie, die Wirtschaft? Hier geht es um private wie öffentliche Besitzstände, von Mindestsicherungen bis zu Privilegien, um notwendige und verzichtbare Infrastrukturen und darum, wer darüber bestimmt; es geht um Naturräume und Agrarlandschaften, um die Frage, wer wem weichen muss, und es geht um die Einkommens- und Vermögensverteilung.

Was sich ändern muss

Die Ausgestaltung der notwendigen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft wirft jede Menge „radikaler“ Fragen auf:

□ *Was wollen wir schützen?* Nichts ist in Deutschland besser geschützt als das Privateigentum – ein rechtlicher Schutz öffentlicher Güter findet sich dagegen in keiner Verfassung von Bund oder Ländern. Der Schutz der Natur als öffentliches Gut steht immer wieder hinter dem Schutz von Eigentümerinteressen zurück. Es wird Zeit, die Verantwortung des Eigentums ernst zu nehmen und die Eigentumsordnung zu überdenken, denn wie Einkommen und Vermögen verteilt sind, ist auch eine Frage des Rechtssystems. Der gegenwärtige Stand fördert eine Eigentumskonzentration, die letztlich der Demokratie schadet und Umweltschutz wie Sozialstaat infrage stellt.

„ Der Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft kann nicht in der Komfortzone stattfinden. “

Mehr Gleichheit führt auch zu einer Reduzierung der Statuskonkurrenz und damit des psychologischen Konsumzwangs. Bisher bleibt die Zivilgesellschaft Antworten auf diese Herausforderungen weitgehend schuldig.

▫ *Wie viel Energie dürfen wir verbrauchen und wofür?* Energieeinsparung ist die vorrangige Aufgabe – auch ein Drei-Tonnen-Elektro-Pkw ist kein nachhaltiger Beitrag dazu. Den Restbedarf können Erneuerbare gut decken, auch ohne Atomenergie und ohne Kohle – eine Position, der sich auch die Bundesregierung annähert allerdings ohne die notwendige Dringlichkeit von Maßnahmen anzuerkennen. Ein wichtiges Mittel, um Einsparungen zu stimulieren, ist die sozial-ökologische Finanzreform mit dem Abbau von Subventionen und einer Ökosteuer mit sozialer Abfederung, etwa durch Freikontingente an Energie und Wasser. Diese ließen sich durch progressive Tarife finanzieren – das wäre eine soziale Sicherung für Geringverdiener(innen) kombiniert mit Sparanreizen für Vielverbraucher(innen). Die Ökologisierung der Landwirtschaft hilft Energie zu sparen, und beim Bauen und Wohnen sind Hausbesitzer(innen), Vermieter(innen) und Mieter(innen) gleichermaßen gefordert.

▫ *Wie wollen wir uns ernähren?* Weltweit die wichtigste Krankheitsursache ist heute die Art, wie wir uns ernähren, halb wegen Unter-, halb durch Überkonsum. Nachhaltige Landwirtschaft erfordert Bodenschutz (durch Erosion verlieren wir fruchtbaren Boden bis zu tausend Mal schneller, als er sich neu bildet) und biologische Vielfalt. Beides leidet unter der Intensivlandwirtschaft und Massentierhaltung; Ökolandbau und Weidewirtschaft sind machbare Alternativen, neue Pestizide und für sie gentechnisch designte Nutzpflanzen beschleunigen den Weg in die Sackgasse, auch wenn Bayer/Monsanto das nicht wahrhaben will. Durch eine nachhaltige Landwirtschaft würde das Essen gesünder und schmackhafter, aber auch teurer, selbst wenn der Fleischanteil schon kostenbedingt wahrscheinlich sinken würde. Das erfordert Verbesserungen der Einkommenssituation besonders bei den untersten Konsument(inn)engruppen. Hier gibt es viel Unterstützung von Umwelt- und Verbraucherorga-

nisationen, Gesundheitsexpert(inn)en und Entwicklungsorganisationen, aber auch von Kirchen und Teilen der Gewerkschaften – andere, zum Beispiel die Chemieindustrie und der Bauernverband stehen dem entgegen.

□ *Wie wollen wir wirtschaften?* Wachstumspolitik und Deregulierung haben seit Jahren Umwelt, Gesundheit und soziale Sicherheit unterminiert; die De-Strangulierung von Umwelt und Sozialstaat erfordert die Re-Regulierung der Wirtschaft. Dabei hat Wachstum mit Lebensqualität immer weniger zu tun. Ressourceneffizientes Wirtschaften, Schäden vermeiden statt reparieren, Gesundheitsvorsorge, dauerhafte Gebrauchsgüter (Stichwort nachhaltiges Design), reduzierter Mobilitätswang oder verringerte Arbeitszeiten: All das sind Maßnahmen, die von den meisten Umweltverbänden und einigen Gewerkschaften mitgetragen werden. Sie steigern die Lebensqualität, aber sie verringern auch das Bruttoinlandsprodukt (vgl. S. 55 ff.). Ohne Wachstum ist mehr Gleichheit nur durch Umverteilung von oben nach unten zu erreichen – ein weiteres politisches Tabu. Genauso wichtig ist es, die alle Lebensbereiche durchdringende Marktideologie in ihre Schranken zu weisen: Märkte sind nicht per se effizienter als andere Verteilungsverfahren, das ist eine Chimäre der ökonomischen Theorie. Die Entscheidung darüber, was über Preise zugeteilt wird und was nicht, ist eine politische und dementsprechend veränderbar, wie das Beispiel der Dekommodifizierung des Zugangs zu höherer Bildung durch Abschaffung der Studiengebühren zeigt. Aus Umweltsicht heißt das, dass es nicht darum gehen kann, Natur zum Handelsgut zu machen und den Banken das Management zu überlassen, sondern darum, wirksame Schutzvorschriften zu erlassen. Ähnlich lässt sich für die zunehmenden prekären Arbeitsplätze sagen: Hier müssen Sicherungen eingezogen werden, um die vollständige Kommodifizierung zu verhindern und zum Teil rückgängig zu machen. An diesem Punkt ist sich der BUND als deutscher Nachhaltigkeitsverband mit vielen Gewerkschaften einig; andere Umweltverbände sehen die soziale Komponente (noch) nicht und hoffen auf besseres Management, neues Geld für den Naturschutz und neue Einnahmen für ihre eigene Arbeit.

□ *Wie wollen wir handeln?* Handelsabkommen zwischen Staaten mit gleichem Umwelt- und Sozialschutz können dann sinnvoll sein, wenn sie zum Ziel haben, Nachhaltigkeit zu fördern – TTIP, CETA und ähnliche Freihandelsabkommen sind in diesem Sinne von gestern. Weltmärkte, die unverbrauchte Ressourcen (biologisch, mi-

neralisch oder sozial) und verbrauchte Regionen importieren und deren Müll in noch unvermüllte Länder exportieren, lösen Knappheits- und Umweltprobleme nicht, sondern globalisieren sie – das Resultat ist eine Synchronisierung des Kollaps.

□ *Was soll das Geld sagen, was darf es machen?* Preise sind ein wichtiger Einflussfaktor für das Konsumverhalten, gerade in einer Situation mit hoher und zum Teil wachsender Prekarität. Umso wichtiger ist es, dass das ökologisch und sozial Notwendige auch das wirtschaftlich Sinnvolle wird – dafür brauchen wir die sozial-ökologische Finanzreform, die von einigen großen Umweltverbänden, Verbraucherorganisationen und grünen Unternehmensvereinigungen unterstützt wird. Die Reform des Finanzsystems hat einige akute Schwachstellen beseitigt, aber nicht die grundlegenden Probleme gelöst: Die Gefahr von Finanzkrisen besteht weiter, verschärft wird sie durch die ordoliberal-ideologische Politik der Bundesregierung. Banker(innen) haben mehr wirtschaftlichen Schaden angerichtet als die gesamte organisierte Kriminalität und machen jetzt die Staaten, die sie gerettet haben, für ihre Schulden verantwortlich. Es ist höchste Zeit für weitergehende Maßnahmen (vgl. S. 111 ff.).

Umweltverbände: Treiber und Getriebene

Wirtschaftsordnung und Sozialsystem müssen den veränderten Rahmenbedingungen angepasst werden, denn die Alternative zum Umsteuern ist nicht der Status quo, sondern der Kollaps von Gesellschaft und Ökosystemen. Dieses dynamische Bild ist nicht leicht zu vermitteln, gerade wenn man ehrlicherweise zugibt, dass der Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft nicht in der Komfortzone stattfinden kann, sondern schmerzhaft wird. Und weil man Cassandra nun mal nicht wählt, sagen zumindest Politiker(innen), können diese sich solchen Forderungen nicht anschließen. Dann ist es die Rolle der Umweltverbände, Pioniere zu sein, auch mal Prügel einzustecken und so den Weg für die politische Machbarkeit zu bereiten.

Es gibt keine einfachen Antworten, Lösungen sind oft konfliktbeladen, legitime Ziele stehen im Widerspruch zueinander. Wichtig ist es, Diskurse zu eröffnen sowie Denk- und Reflexionsräume der Zivilgesellschaft zu schaffen, damit über das Dringende nicht das Wichtige verloren geht. Dort lassen sich Wege des Ausgleichs und der Verständigung über Kompromisse und Prioritäten suchen: Umwelt- und Verbraucherverbände, Gewerkschaften, Kirchen und andere müssen in einer kommunikativ frag-

mentierten Gesellschaft gemeinsame Sprachräume etablieren – ohne kontinuierlichen Dialog erkennt man die Gelegenheit zur punktuellen Zusammenarbeit nicht. Umweltverbände sind Getriebene und Treiber der Politik. Als Getriebene versuchen sie, Flussvertiefungen, Autobahnbauten und Kohlekraftwerke aufzuhalten, als Treiber versuchen sie, ihre Nachhaltigkeitsziele in den Zielen der nationalen und internationalen Politik zu verankern – und damit waren sie erfolgreich. Noch vor weniger als zehn Jahren wurde die Nachhaltigkeitspolitik totgesagt, heute ist international vereinbart, den Klimawandel auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen, den Verlust der biologischen Vielfalt zu beenden, den Konsum nachhaltig zu gestalten und den Sozialstaat wiederherzustellen mit mehr Gerechtigkeit sowie einer garantierten Mindestsicherung. Was die Vereinbarung der Ziele angeht, so haben Umweltorganisationen, Gewerkschaften und Entwicklungsgruppen, Kirchen und Sozialverbände auf ganzer Linie gesiegt – nur die Politik hat sich nicht geändert.

Das Problem an der Wurzel packen

Als der BUND und Misereor vor 20 Jahren in der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ Ziele für 2050 formuliert haben, waren sie Vorreiter (vgl. S. 20 ff.). Diese Ziele sind teilweise von der Regierung übernommen, aber nicht, zu spät oder nur unvollständig umgesetzt worden. Beispiele hierfür sind Flächenverbrauch, Atomausstieg und Stoffstromeinsparung. Hier bleibt es die Aufgabe der Verbände, die Umsetzung genau zu beobachten und Nachbesserungen anzumahnen. Wichtiger ist es aber, auch die Gründe aufzuzeigen, warum es an der Umsetzung hapert und nach wie vor nachhaltigkeitschädliche Politik betrieben wird.

Zum anderen geht es – und hier ist wieder eine Langfristperspektive gefragt, die Politik und Märkte nicht haben, wohl aber viele Verbände – um die Änderungen der Grundstrukturen von Wirtschaft und Gesellschaft. Das ist schwer durchzusetzen, denn man muss dafür mächtige Interessengruppen, die vom gegenwärtigen Stand profitieren, in die Schranken weisen – was etwa bei den großen Energiekonzernen ausweislich ihres Börsenwertes schon zum Teil gelungen ist, nicht zuletzt durch das Zusammenwirken von Zivilgesellschaft, grünen Wettbewerbern, Verbraucher(inne)n und verantwortungsbewussten Investoren. Außerdem erfordert es von den Bürger(inne)n eine Modifizierung ihres Lebensstils, von Routinen und Alltagspraktiken, die

sonst nur einer allmählichen gesellschaftlichen Erosion unterliegen und sich nur bei Lebenslaufumbrüchen und durch externe Schocks abrupt ändern. Die Zivilgesellschaft als Ganzes und nicht nur die Umweltverbände ist hier gefragt, die Herausbildung eines neuen Leitbildes jenseits von Wettbewerbsgesellschaft und Wachstumsökonomie voranzutreiben und die Möglichkeiten dafür zu erkämpfen.

Aus Sicht des BUND bedeutet das, Postwachstum und Degrowth (physische Verschlankung der Wirtschaft), Suffizienz in allen und Suffizienzpolitik für alle Lebensbereiche durchzusetzen und letztlich Grenzen für den ökologisch-sozialen Ressourcenverbrauch von Wirtschaften und Konsum zu setzen. Wir brauchen (kontinuierlich sinkende) Obergrenzen für den Energie- und Ressourcenverbrauch (vgl. S. 79 ff.), für den Flächenverbrauch (vgl. S. 68 ff.) und vielleicht auch für Einkommen und Erbschaften. Das würde die Funktionslogik der Wirtschaft ändern, und die „schöpferische Zerstörung“ der Märkte würde die Wirtschaft in eine neue Richtung lenken. Das ist notwendigerweise „radikal“, zielt auf die Wurzeln der Probleme und wird auf Widerspruch und Widerstand stoßen. Vorreiter müssen das aushalten. —



Wie machen Sie sich selbst zukunftsfähig?

- a) Arbeitsfreude und Lebensfreude, von nichts zu viel oder zu wenig, ab und zu die Seele baumeln lassen.
- b) Zukunftsfähig mache ich mich durch anregende Diskussionen mit jungen Menschen.

Zu den Autoren

- a) Joachim H. Spangenberg, geb. 1955, ist

Biologe, Ökologe und Volkswirt. Er ist beim Helmholtzzentrum für Umweltforschung UFZ beschäftigt und Sprecher des BUND-Arbeitskreises Wirtschaft und Finanzpolitik.

b) Hubert Weiger, geb. 1947, Forstwissenschaftler und Bodenkundler, ist seit 2007 Vorsitzender des BUND. Außerdem lehrt er Nachhaltige Landnutzung an der Universität Kassel.

Kontakt

Dr. Joachim H. Spangenberg,
Prof. Dr. Hubert Weiger
Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND)
E-Mail Joachim.Spangenberg@bund.net,
hubert.weiger@bund.net